



**Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 07. Dezember 2010**

Vorlagen-Nr. 10-F-01-0082

**Männliche Jugendliche ohne Schulabschluss  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -**

Wiesbaden ist nicht Neukölln. Dennoch muss das so genannte Vermächtnis der kürzlich durch Freitod aus dem Leben geschiedenen Jugendrichterin Kirsten Heisig-auch hier ernst genommen werden, weil die von ihr glaubwürdig dokumentierte Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften das gemeinsame politische Bemühen um Integration durchkreuzen könnte. Ohne Vorurteile in die Welt setzen zu wollen wäre es illusionär, nicht davon auszugehen, dass männliche Jugendliche ohne Schulabschluss ohne Lebensperspektive für eine selbstgewählte ‚parallele‘ Ausgrenzung besonders anfällig sein könnten. Wenn die Möglichkeiten zur Teilhabe an materiellen Gratifikationen gesellschaftlich mangels Bildungsabschluss verbaut sind, gibt es schließlich den ‚Ausweg‘ der widerrechtlichen Aneignung und die Möglichkeit der Respekterheischung durch gewalttätiges Auftreten in der Gruppe nach dem Motto: „Wenn wir nicht gebraucht und geliebt werden, dann soll man uns wenigstens fürchten“.

Für Wiesbaden muss das heißen: Aufmerksam sein und den Anfängen wehren.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a. wie viele männliche Jugendliche in den Jahren 2007 - 2009 die Schule ohne Abschluss verlassen haben,
- b. wie viele dieser Jugendlichen im gleichen Zeitraum in stützende Maßnahmen (z. B. aufbauende Fortbildung, Beschäftigungsprogramme etc.) einbezogen wurden bzw. werden konnten,
- c. wie viele dieser Jugendlichen ohne Schulabschluss sich solchen Angeboten entzogen haben,
- d. wie viele dieser Jugendlichen straffällig wurden,
- e. ob es Anhaltspunkte dafür bzw. Überblicke darüber gibt, in welchem Umfang Jugendliche ‚parallele‘ Gruppen gebildet haben und damit das Signal setzen, an Integration kein Interesse zu haben.

---

**Beschluss Nr. 0122**

1. Der schriftliche Bericht des Magistrats vom 12.11.2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2010

Spallek  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2010

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2010

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister